Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5875**

19. Wahlperiode 15.11.2018

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über den Bürgerdialog zur Zukunft Europas

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	**Bürgerdialog zur Zukunft Europas**	2
1.	Einführung und Hintergrund	2
2.	Sprechen wir über Europa – Bürgerdialog in Zahlen	4
3.	Vielfalt der Dialoge	5
4.	Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs	6
II.	**Ergebnisse des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas**	7
1.	Was Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist	7
2.	Institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Union	8
3.	Zentrale Politikfelder	8
4.	Werte	12
III.	**Europapolitische Erkenntnisse**	13
1.	Institutionelle Dimension und Werte	13
2.	Sachthemen	13
IV.	**Zusammenfassung und Ausblick**	15
V.	**Anhang**	16

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 15. November 2018.

I. Bürgerdialog zur Zukunft Europas

1. Einführung und Hintergrund

Europa lebt vom offenen Dialog – vom freien Meinungsaustausch über die kritische Nachfrage bis hin zur politischen Debatte. Der offene Dialog ist ein zentraler Teil der politischen Willensbildung der Europäerinnen und Europäer und damit unserer offenen europäischen Gesellschaft. Demokratie ist ohne Dialog nicht denkbar. Er ist daher einer der Pfeiler der europäischen Wertegemeinschaft.

Auch grundlegende Entscheidungen über Europa setzen einen Dialog voraus, der mit dem demokratischen Austausch in den Mitgliedstaaten beginnt. Der Dialog leistet einen wichtigen Beitrag, um den europäischen Gedanken lebendig zu halten und die Legitimität der europäischen Institutionen zu stärken. Denn er ermöglicht es, die Vorstellungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger bei den Überlegungen zur Fortentwicklung der Europäischen Union zu berücksichtigen.

In diesem Verständnis haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs – im Frühjahr 2018 gemeinsam vereinbart, einen europaweiten Bürgerdialog zur Zukunft Europas durchzuführen. Dieser sollte eine größtmögliche Zahl an Bürgerinnen und Bürgern erreichen. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode bekennt sich zu diesem Ziel. Dort heißt es:

> *„Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU und eine Stärkung der europäischen Integration einbringt und wollen die Bürgerinnen und Bürger in bundesweiten öffentlichen Dialogen an der Reformdebatte in Europa beteiligen.“*

In jedem Mitgliedstaat wurden grundlegende Fragen gestellt: In welche Richtung soll sich Europa entwickeln? Wie kann die europäische Partnerschaft verbessert werden? Was muss sich ändern? Und: Wie können die unterschiedlichen Ansichten über Europa zu einer gemeinsamen Vorstellung von einem Europa der Zukunft verbunden werden?

Die Bundesregierung ist überzeugt, dass diese Fragen nicht allein auf Ebene der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft diskutiert werden sollten. Debatten über die Zukunft Europas gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Diesem Ziel diente der bundesweite Bürgerdialog zur Zukunft Europas, bei dem die Meinungen, Sorgen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt standen.

Auf Erfahrungen aufbauen: Bundesregierung im Dialog mit Bürgern

Bei der Durchführung des Bürgerdialogs konnte die Bundesregierung auf einigen Erfahrungen aufbauen: auf den „*Dialog über Deutschlands Zukunft*“ (2011 bis 2012), den Dialog „*Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist*“ (2014 bis 2016) sowie auf viele Europa-Dialogreihen von Bundesministerien wie dem Auswärtigen Amt und dem Bundesfinanzministerium. Auch der *„Bürgerdialog zur Zukunft Europas“* ist ein Prozess der Bundesregierung, der für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle Themen offen ist. Teilnehmende konnten ergebnisoffen beschreiben und diskutieren, wie sie Europa wahrnehmen und wie sie sich die Zukunft Europas konkret vorstellen – für sich persönlich, für Deutschland und die Europäische Union insgesamt.

Zusammen mit der Zivilgesellschaft

Bei den Bürgerdialogen der Bundesregierung waren die Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatsministerinnen und Staatsminister sowie die Parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre[1] persönlich vor Ort – im direkten Austausch über Europa mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ergänzt wurden die Aktivitäten der Bundesregierung durch Bürgerdialoge von zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern. Dazu zählte der Deutsche Volkshochschul-Verband mit seinem bundesweiten Netz an Volkshochschulen und die Europäische Bewegung Deutschlands.

Die zivilgesellschaftlichen Partner haben die Bundesregierung darin unterstützt, den Dialog über die Zukunft Europas in die Breite der Gesellschaft zu tragen. So wurden Menschen für die Dialoge gewonnen, die aus vielen unterschiedlichen Teilen unseres Landes und unserer Gesellschaft kommen.

[1] Zu zahlreichen weiteren Bürgerdialogen mit leitenden Beamtinnen und Beamten verschiedener Bundesministerien vgl. S. 6.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Darüber hinaus: Grenzüberschreitende Aktivitäten und ergänzende Dialoge der Bundesministerien

Darüber hinaus hat die Bundeskanzlerin am 30. Mai mit Studierenden der Universität Porto einen Dialog geführt und Bundesaußenminister Maas am 16. Oktober 2018 einen Bürgerdialog im französischen Poitiers durchgeführt.

Ergänzend gab es zusätzlich zum Bürgerdialog der Bundesregierung zahlreiche weitere Dialogaktivitäten mit leitenden Beamtinnen und Beamten aus verschiedenen Bundesministerien. Die Euro-Dialogtour des Bundesministeriums der Finanzen führte den Dialog zur Zukunft des Euro, der Währungsunion und des EU-Haushalts an Schulen und Senioreneinrichtungen – in mehr als 60 Veranstaltungen.[2].

Der Verlauf der Bürgerdialoge

Die Dialogveranstaltungen gaben Raum für Gespräche über gute Erfahrungen und erlebte Vorteile von Europa, aber auch für Sorgen, Kritik und Wünsche an die Europäische Union und an die Europapolitik der Bundesregierung. Der Bürgerdialog war nicht repräsentativ im wissenschaftlichen Sinne. Aber aufgrund der Vielfalt der Gruppen, die am Dialogprozess beteiligt waren, ergab sich ein differenziertes Bild der Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und der damit verbundenen Erwartungen und politischen Herausforderungen für Europas Zukunft.

Auch dank des großen Engagements der zivilgesellschaftlichen Partner, insbesondere der bürgernahen und dezentral in ganz Deutschland verteilten Volkshochschulen, fand der Bürgerdialog in Groß- und Mittelstädten genauso wie in kleinen Landgemeinden statt. Somit kamen im Dialog viele verschiedene Perspektiven und Vorstellungen zur Sprache.

Der vorliegende Bericht der Bundesregierung zeigt, dass bei den Bürgerdialogen über fast alle Facetten Europas gesprochen wurde: von der Bildungspolitik, über Wirtschaftspolitik, Arbeit und Soziales, über die Migrations- und Flüchtlingspolitik bis hin zu Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, des Klimawandels und der Finanz- und Währungspolitik.

Ziel des Bürgerdialogs war es, aus den verschiedenen Stimmen unseres Landes Rückschlüsse für die Zukunft der Europäischen Union und die Europapolitik der Bundesregierung zu ziehen. Das gilt für die Bürgerdialoge der Bundesregierung ebenso wie für die Dialogveranstaltungen der zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner. Die Diskussionen in den Dialogveranstaltungen der Bundesregierung und der zivilgesellschaftlichen Partner wurden in Protokollen zusammengetragen, um persönliche Vorstellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Rückmeldebögen ergänzt, und von einem unabhängigen Dienstleister wissenschaftlich ausgewertet.

Die diesem Bericht zugrunde liegenden nationalen Ergebnisse der Dialog- Veranstaltungen in Deutschland stehen zunächst für sich. Die Ergebnisse der einzelnen Mitgliedstaaten werden dann in einem weiteren Schritt auf europäischer Ebene zusammengestellt. Sie werden ergänzt durch eine Online-Befragung der Europäischen Kommission und für den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs gebündelt. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die Ergebnisse im Dezember 2018 von den europäischen Staats- und Regierungschefs diskutiert werden.

Dieser Bericht der Bundesregierung zum Bürgerdialog zur Zukunft Europas schließt die Dialogreihe zur Zukunft Europas ab. Gleichwohl ist er nicht Abschluss, sondern ein wesentlicher Beitrag für die weiter zu führende gesellschaftliche und politische Debatte über die Zukunft Europas. Denn Europa steht vor großen Fragen, die gemeinsam in Europa beantwortet werden müssen.

Die Ergebnisse des Dialogs sind wichtig, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den EU-Partnerländern zu erkennen und neue Aufgaben zu formulieren. Die Pflege einer lebendigen und offenen Debattenkultur ist wichtig, weil sie eine wesentliche Grundlage für Frieden, Freiheit und Wohlstand ist – in Deutschland und in Europa.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

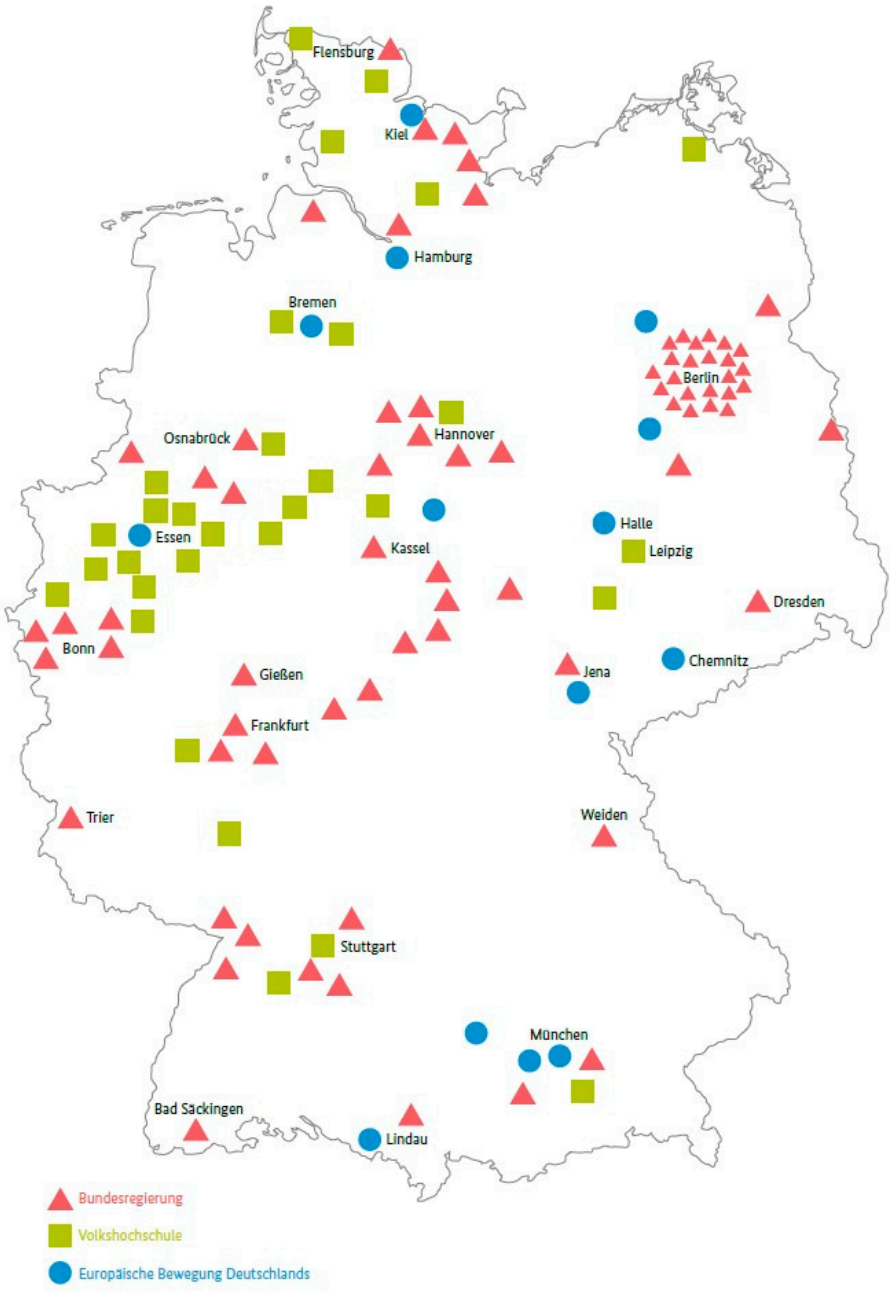
[2] Weitergehende Hinweise zur Euro-Dialogtour unter www.eurodialogtour.de.

2. Sprechen wir über Europa – Bürgerdialog in Zahlen

Über Europa zu sprechen, und zwar mit den Bürgerinnen und Bürgern, das war der Anspruch der Bundesregierung, als sie die Bürgerdialoge zur Zukunft Europas im Frühjahr 2018 initiierte. Von Anfang Mai bis Ende Oktober 2018 fanden 119 Dialogveranstaltungen in ganz Deutschland statt. Die Bürgerinnen und Bürger diskutierten über Europas Zukunft gleichermaßen in Ballungszentren wie Berlin, Hamburg und München, in mittelgroßen Städten wie Jena und Trier bis hin zu kleinen Städten wie Calw in Baden-Württemberg und Gemeinden wie Pönitz in Schleswig-Holstein. Sie kamen zusammen, um über Europa zu sprechen – im Zentrum Deutschlands genauso wie in den Grenzregionen, in denen die Menschen die Chancen und Herausforderungen der europäischen Integration unmittelbar mit ihren Nachbarländern erleben.

Abbildung 1

Dialogorte



Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Von den 119 Dialogveranstaltungen wurden 74 vom Bundeskanzleramt und den Bundesministerien durchgeführt. Hier hatten die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit persönlich mit der Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen und Bundesministern, Staatsministerinnen und Staatsministern sowie Parlamentarischen und beamteten Staatssekretären und Staatssekretärinnen über Europa ins Gespräch zu kommen.

In der Regel haben zwischen 50 und 75 Interessierte an den Veranstaltungen teilgenommen. Beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung kam Außenminister Heiko Maas mit etwa 400 interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch.

Zivilgesellschaftliche Partner haben die Bundesregierung unterstützt, den Bürgerdialog in die Breite der Gesellschaft zu tragen und haben eigenständig Veranstaltungen organisiert. Insbesondere der Deutsche Volkshochschul- Verband e.V. mit seinem großen Netzwerk von Volkshochschulen im ganzen Land hat sich für den Bürgerdialog zur Zukunft Europas engagiert. Auch die Europäische Bewegung Deutschland mit ihren Mitgliedsorganisationen war im Dialog aktiv. Zusammen haben sie zwischen Mai und Oktober 45 Veranstaltungen durchgeführt. Mit 31 Bürgerdialogen in zehn Bundesländern waren die Volkshochschulen und mit 14 Veranstaltungen die Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland bundesweit mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas im Gespräch.

3. Vielfalt der Dialoge

Themen- und ergebnisoffen sollten die Bürgerdialoge zur Zukunft Europas sein und grundsätzlich allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Strukturiert wurden die Veranstaltungen durch drei Leitfragen:

a. Wie erleben Sie Europa in Ihrem Alltag?

b. Welche Rolle spielt Europa für Deutschland insgesamt?

c. Wie sollte Europa in Zukunft aussehen?

Die Veranstalter waren frei in der Ausgestaltung ihrer Bürgerdialoge. Diese Freiheit spiegelt sich in der Vielfalt der Formate, Veranstaltungsorte sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer wider.

Auftakt des Bürgerdialogs beim EU-Projekttag an Schulen

Den Startschuss für den Bürgerdialog zur Zukunft Europas bildete der deutschlandweite EU-Projekttag an Schulen Anfang Mai. Die Bundeskanzlerin, mehrere Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Parlamentarische und beamtete Staatssekretärinnen und Staatssekretäre nutzten die Gelegenheit, um beim Besuch von 27 Schulen im gesamten Bundesgebiet mit Schülerinnen und Schülern über deren Anliegen, Hoffnungen und Wünsche zu Europa zu sprechen.

Die Ausgestaltung der Bürgerdialoge von Bundeskanzleramt und den Ressorts war vielfältig: Vom Gespräch in kleiner Runde in einem Café bis zum großen Diskussionsformat mit über 100 Teilnehmern. Auch die Auswahl der Teilnehmer erfolgte ganz unterschiedlich: Bei einigen Veranstaltungen stand die Teilnahme ohne Anmeldung offen. Beispielsweise haben verschiedene Bundesministerien beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 25. und 26. August 2018 die Besucherinnen und Besucher zum Bürgerdialog über die Zukunft Europas eingeladen. Bei anderen Veranstaltungen wurde gezielt mit Partnerinstitutionen vor Ort zusammengearbeitet: beispielsweise mit Verbänden, ehrenamtlichen Organisationen, Volkshochschulen oder auch lokalen Radio- und Zeitungsredaktionen. Mit den Partnerinstitutionen konnte ein guter Querschnitt der Bevölkerung für die Dialogveranstaltungen vor Ort erreicht werden. Teilweise wurden Veranstaltungen auch über die sozialen Medien transportiert bzw. begleitet, um zusätzliche Zielgruppen zu erreichen und die Reichweite zu erhöhen.

Mit insgesamt 31 organisierten Bürgerdialogen haben die Volkshochschulen ihre langjährige Beteiligung an Dialogreihen der Bundesregierung auch beim Thema Zukunft Europas fortgesetzt. Eine Vielzahl der Dialogveranstaltungen fand in den Räumlichkeiten der örtlichen Volkshochschulen als Worldcafé oder Café Europa[3] mit 20 bis 100 Teilnehmenden statt. In Leipzig kamen Bürgerinnen und Bürger zu einer Diskussionsveranstaltung in einer Straßenbahn zusammen, die Volkshochschule Datteln wählte ein Museumsschiff als Veranstaltungsort und auch in Castrop-Rauxel wurde auf einem Schiff diskutiert. In Stuttgart nutzte man eine Busfahrt zur Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main, um über die Leitfragen des Bürgerdialogs ins Gespräch zu kommen. Die Europäische Akademie in Sankelmark diskutierte über die Zukunft Europas im Europazug,

[3] Bei World Café und Café Europa handelt es sich um Workshop-Methoden. Dabei diskutieren Teilnehmerinnen und Teilnehmer in aufeinanderfolgenden Gesprächsrunden über die Leitfragen des Bürgerdialogs. Die Ergebnisse werden auf Pinnwänden dokumentiert.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

einer Dampflok, die zwischen Kappeln und Süderbrarup an der deutsch-dänischen Grenze verkehrt. Beim Bürgerdialog mit der Bundeskanzlerin in Kooperation mit der Volkshochschule Trier kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Europäischen Rechtsakademie zusammen.

Von den Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland organisierte vor allem die Europa-Union Deutschland mehrere Bürgerdialoge zur Zukunft Europas. Diskussionspartner waren unter anderem Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Mitarbeiter deutscher oder europäischer Institutionen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Auch online im Dialog

Begleitend zu den Dialogveranstaltungen vor Ort hat die Bundesregierung viele Bürgerinnen und Bürger über die sozialen Medien erreicht. So wurden beispielsweise die Bürgerdialoge der Bundeskanzlerin und des Bundesministers der Finanzen live auf den Internetseiten der Bundesregierung übertragen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat mit einer persönlichen Videobotschaft des Bundesministers und sogenannten Voxpops- Filmen zur Beteiligung am Dialog aufgerufen und konnte durch die Übertragung seiner Dialoge in den sozialen Medien die Reichweite der Vor-Ort-Veranstaltungen erhöhen.[4]

Dem Facebook-Live-Chat des Bundesarbeitsministers folgten mehr als 42.000 Menschen auf der Facebook-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Einem Aufruf des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur per Hashtag folgten eine Vielzahl von Schulklassen und Vereinen und sendeten Kurzvideos ein, um bei einem Grillnachmittag mit dem Bundesverkehrsminister über die Zukunft Europas zu sprechen.

Im Rahmen des Festival of Lights 2018 projizierte das Bundesministerium der Finanzen Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas aus seinen Dialogveranstaltungen an die Fassade seines Dienstgebäudes.

4. Wissenschaftliche Auswertung des Bürgerdialogs

Um die Meinungsäußerungen der Bürgerinnen und Bürger sowie die Diskussionen in den Dialogveranstaltungen zu sichern, wurden den Veranstaltern von Bürgerdialogen standardisierte Protokoll- und Rückmeldebögen zur Verfügung gestellt, die mehrheitlich genutzt wurden.[5] Im Protokoll haben die Veranstalter die Inhalte des Bürgerdialogs zusammengefasst. Dokumentiert wurden die wichtigsten und am häufigsten diskutierten Inhalte, besonders kontrovers oder eher einig diskutierte Themen sowie Bereiche, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr oder weniger Europa wünschten. Darüber hinaus wurden prägnante Zitate und Aussagen, sozio-demografische Eigenschaften der Teilnehmenden und Hinweise zur Gesprächsatmosphäre erfasst. Im Rückmeldebogen zur Veranstaltung hatte jeder Teilnehmende im Anschluss die Möglichkeit, die Themen und Anliegen festzuhalten, die aus seiner Sicht nicht oder nicht ausreichend diskutiert worden waren. Außerdem konnten die Teilnehmenden freiwillige Angaben zu ihrem Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Bildungsabschluss machen.

Nach Abschluss des Bürgerdialogs lag eine Vielzahl von Aussagen der Bürgerinnen und Bürger in Form von Protokollen und Rückmeldebögen vor. Für die Analyse des umfangreichen Materials war der Bundesregierung wichtig, dass jeder Beitrag und jede Antwort gelesen und ausgewertet und dass diese Auswertung neutral, unabhängig und transparent durchgeführt werden würde. Daher hat die Bundesregierung den Auftrag zur wissenschaftlichen Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens erteilt.

Wesentliche Säulen der seitens der Bundesregierung vorgegebenen Auswertungsmethode war eine Kategorisierung der in den Protokoll- und Rückmeldebögen dokumentierten Aussagen der Bürgerinnen und Bürgern. Die Auswertung erfolgte auf Basis wissenschaftlicher Methoden und Prinzipien: Unabhängigkeit, intersubjektive Nachvollziehbarkeit, Gründlichkeit und Transparenz. Mit einer softwaregestützten Text- und Inhaltsanalyse (Text Mining) konnte der unabhängige wissenschaftlicher Auswerter der Vielfalt der Beiträge gerecht werden und sicherstellen, dass tatsächlich jede Aussage und Diskussion aufgenommen und in der Auswertung gleichermaßen berücksichtigt wurde.[6] Damit ließen sich die am häufigsten diskutierten Themenfelder und die mittels Text Mining zugewiesenen Unterthemen identifizieren und detailliert beschreiben.

---

[4] Bei Voxpops handelt es sich um kurze filmische Beiträge, die spontan das Meinungsbild von Passanten zu bestimmten Themen, in diesem Fall zu den drei Leitfragen des Bürgerdialogs.

[5] In wenigen Ausnahmefällen fanden außerdem Gespräche unterhalb der Leitungsebene statt, die Eingang in die Auswertung des Bürgerdialogs gefunden haben.

[6] Für eine ausführliche Beschreibung der wissenschaftlichen Methodik zur Auswertung des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas vgl.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

II. Ergebnisse des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas

1. Was Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 119 Dialogveranstaltungen diskutierten in großer inhaltlicher Breite über Themen, die aus ihrer Sicht für Europa von Bedeutung sind. Sie sprachen darüber, wie sie Europa in ihrem Alltag wahrnehmen, welche Rolle Europa für Deutschland spielt und darüber, wie Europa in Zukunft aussehen sollte.

Die wissenschaftliche Auswertung hat die Aussagen der Bürgerinnen und Bürger nach unterschiedlichen Detailebenen kategorisiert. Insgesamt wurde eine Vielzahl von Themen und Facetten im Bürgerdialog angesprochen. Auf einer übergeordneten Analyseebene verdichtet, ergaben sich aus der quantitativen Inhaltsanalyse 14 Politikfelder, fünf Wertedimensionen und drei Bereiche zur institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Union.

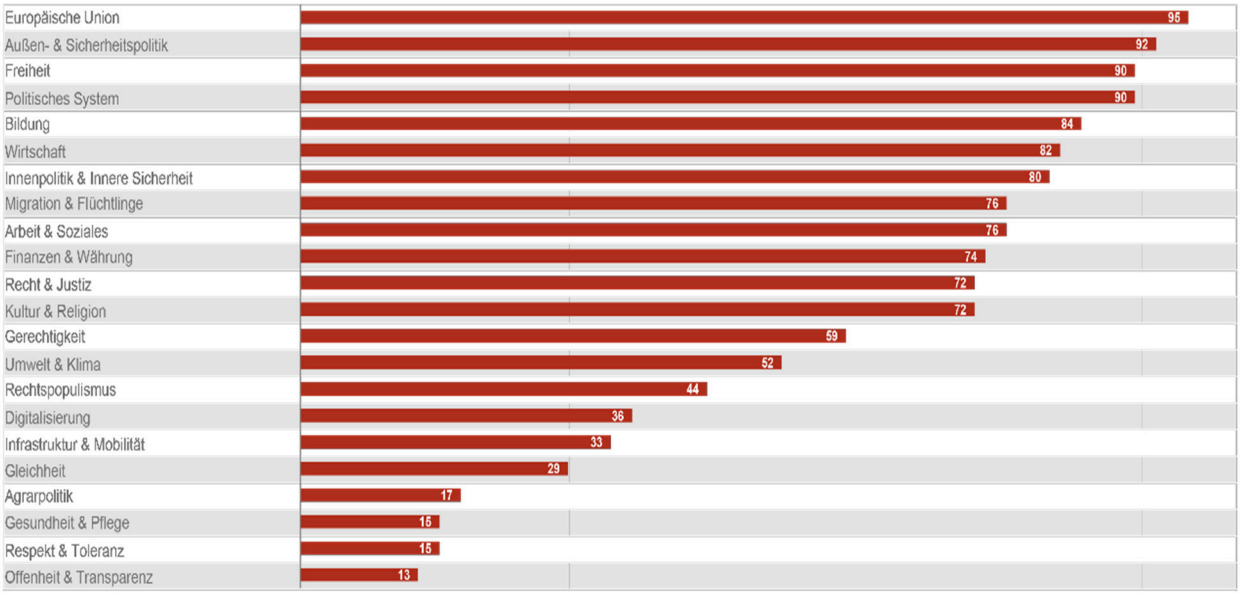
Zu den 14 Politikfeldern zählten: Agrarpolitik, Arbeit und Soziales, Außen- und Sicherheitspolitik, Bildung, Digitalisierung, Finanzen und Währung, Gesundheit und Pflege, Innenpolitik und Sicherheit, Kultur und Religion, Migrations- und Flüchtlingspolitik, Recht und Justiz, Umwelt und Klima, Infrastruktur und Mobilität sowie Wirtschaft. Die besonders häufig diskutierten Wertedimensionen waren: Freiheit, Gleichheit, Offenheit und Transparenz, Respekt und Toleranz sowie Gerechtigkeit. Weitere Fragen bezogen sich auf das politische System der Europäischen Union sowie auf Sorgen über Rechtspopulismus in den Mitgliedstaaten.

Die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu Europa im Einzelnen

Die folgenden Themen wurden im Bürgerdialog zur Zukunft Europas von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern besonders häufig angesprochen.[7]

Abbildung 2

Diskutierte Themenbereiche



Diskutierte Themen / Auswertungsgrundlage: Alle inhaltlichen Fragen der Ergebnisprotokolle (d.h. exklusive Angaben zur Gruppenzusammensetzung und Gesprächsatmosphäre)

Angaben in Prozent / Nettosummen
Basis: Rückmeldebögen / Ergebnisprotokolle

Quelle: Kantar Public 2018.

Kantar Public (2018): Wissenschaftliche Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas, S. 18 ff.

[7] Für eine detaillierte und ausführliche Beschreibung der Ergebnisse vgl. Kantar Public (2018). Wissenschaftliche Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2. Institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Union

Die Europäische Union als Institution war bei mehr als neun von zehn Veranstaltungen Thema in den Diskussionen. Weitgehend einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bezug auf die Errungenschaften der europäischen Integration, die positiv bewertet wurden. Dazu zählten die Bürgerinnen und Bürger die Grundfreiheiten, konkret die Reisefreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, Frieden sowie den gemeinsamen Binnenmarkt, die Gemeinschaftswährung und die wirtschaftliche Stärke der Europäischen Union. Befürwortet wurden europaweit einheitliche Normen und Standards. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Union wurde ausdrücklich als Mehrwert gesehen.

Gleichermaßen benannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Aspekte der Europäischen Union, in denen sie Handlungsbedarf sehen. Sie wünschen sich mehr Begeisterung für die Europäische Union, mehr europäische Identität und eine gemeinsame Vision, mehr Transparenz und Bürgernähe, aber auch eine bessere Vermittlung politischen Wissens über die Europäische Union. Diese Aspekte wurden besonders häufig von den Bürgerinnen und Bürgern genannt. Als wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Europäischen Union wurde eine Stärkung der Integration und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten benannt, insbesondere in Bezug auf eine Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine einheitliche Flüchtlingspolitik und faire Verteilung der Flüchtlinge, aber auch auf mehr Solidarität mit schwächeren Ländern. Vereinzelt wurde kritisiert, dass die Europäische Union nur über unzureichende Mittel zur Sanktionierung von Mitgliedstaaten bei Verstößen gegen die gemeinsamen Grundwerte verfügt. Außerdem wurde die Europäische Union vielfach als zu bürokratisch und die politischen Entscheidungsprozesse als zu undemokratisch kritisiert.

> ***Zitat**: „Am wichtigsten ist für mich, dem Bürger Europa wieder schmackhaft zu machen und ihm wieder den Sinn und die Gründe für ein vereintes Europa zu vermitteln.“* (aus dem Bürgerdialog in Garbsen am 4. Mai 2018)

Dementsprechend wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger auch Veränderungen im politischen System der Europäischen Union. Mehrfach wurde die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten von Mehrheitsbeschlüssen gefordert. Die Bürgerinnen und Bürger äußerten den Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit in einzelnen Politikfeldern, mehr Transparenz und Bürgernähe. Auch die Stärkung des Europäischen Parlaments wurde angesprochen.

3. Zentrale Politikfelder

In mehr als neun von zehn Dialogveranstaltungen war die Außen- und Sicherheitspolitik ein Thema. Eine große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wertschätzte Europa als einzigartiges Friedensprojekt und würdigte das außenpolitische Gewicht der Europäischen Union. Sie sahen im gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum sowie im kulturellen Austausch der Mitgliedstaaten wichtige Gründe für andauernden Frieden und Stabilität in der Europäischen Union. Sie betonten, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Die Bürgerinnen und Bürgern äußerten ihre Überzeugung, dass die Europäische Union in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten global über ein höheres politisches Gewicht verfügt als die einzelnen Mitgliedstaaten alleine und äußerten den deutlichen Wunsch nach einer verstärkten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere gegenüber den USA, Russland oder China. In keinem anderen Politikfeld war der Wunsch nach mehr europäischer Integration deutlicher.

> ***Zitat:** „Alle Staaten gemeinsam sollten gemeinsam für die Sicherheit eintreten, zum Beispiel durch die Bündelung militärischer Kräfte, wirtschaftlicher Interessen und außenpolitischer Ziele, zum Beispiel in der Flüchtlingsfrage.“* (aus dem Bürgerdialog in Osnabrück am 4. Juni 2018)

Die EU-Außengrenzen besser zu sichern, ein wirksamer Schutz vor Kriminalität und Terrorismus, gesamteuropäische Anstrengungen in der Migrationspolitik oder auch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee – diese Aspekte wurden von den Bürgerinnen und Bürgern mit einer verstärkten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten verbunden.

Handlungsbedarf sahen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Beschränkung von Rüstungsexporten und in der Ausweitung der humanitären Hilfe in Krisengebieten.

Bildungspolitik wurde in acht von zehn Dialogveranstaltungen diskutiert. Dieser Themenbereich wurde überwiegend mit positiven Aspekten verbunden. Für Förderprogramme der Europäischen Union zum Lernen und Studieren im europäischen Ausland wie ERASMUS+ drückten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre be-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

sondere Wertschätzung aus. Der gleichberechtigte Zugang zu vielfältigen Bildungseinrichtungen im europäischen Ausland und die europaweite Harmonisierung von Bildungsabschlüssen fanden ausdrücklich Lob. Insbesondere der Erwerb von Fremdsprachen, der interkulturelle Austausch im Rahmen europäischer Bildungsprogramme und die Erweiterung des eigenen Horizonts wurden als sehr wertvoll angesehen.

> ***Zitat:*** *„Politische Schulung der Jugend, in den Schulen etc. Bekanntmachung der positiven Aspekte Europas.“* (aus dem Bürgerdialog in Schlüchtern am 8. August 2018)

Bei der Herstellung europaweit einheitlicher Bildungsstandards im schulischen, universitären und Ausbildungsbereich sahen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausdrücklichen Handlungsbedarf, aber auch in Bezug auf einen finanzierbaren Zugang zu Bildung und entsprechende Förderstrukturen. Wichtige Forderungen waren eine höhere Wertschätzung von Erzieherinnen und Pädagogen, der Ausbau der politischen Bildung in Europa sowie stärkere Investitionen in den Bildungssektor in Deutschland selbst. Der Wunsch nach mehr gesamteuropäischer Integration im Bereich Bildungspolitik war besonders stark ausgeprägt.

In rund acht von zehn Bürgerdialogen war das Thema Wirtschaft Gegenstand der Diskussionen, mit überwiegend positiven Assoziationen. Die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sah im zollfreien EU-Binnenmarkt vor allem einen Garant für Wohlstand und Wirtschaftskraft, vereinzelt auch die Vorteile eines breiteren Warenangebots. Der gemeinsame Binnenmarkt trägt aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger auch dazu bei, dass die Europäische Union im globalen Wettbewerb der großen Wirtschaftsmächte besser mithalten kann als die jeweiligen Mitgliedstaaten für sich genommen.

Insgesamt wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger im Bereich Wirtschaft weitere Fortschritte in der europäischen Integration. Handlungsbedarf wurde in Bezug auf wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union gesehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen sich für eine stärkere Unterstützung wirtschaftlich schwacher Mitgliedstaaten aus, aber auch für eine bessere Prüfung der wirtschaftlichen Eignung von Beitrittskandidaten. Kritisch sahen die Bürgerinnen und Bürger die mangelnde Transparenz bei der Verhandlung von Freihandelsabkommen und Subventionen zu Lasten von Entwicklungsländern. Vielfach wurde auch der Wunsch nach nachhaltigerem Wirtschaften unter Beachtung von Umwelt- und sozialen Belangen geäußert.

> ***Zitat:*** *„Europa müsste endlich als homogener Wirtschaftsraum auftreten, in dem in allen Mitgliedstaaten die gleichen Voraussetzungen herrschen.*“ (aus dem Bürgerdialog in Troisdorf am 9. Oktober 2018)

Die Innenpolitik und innere Sicherheit waren in knapp acht von zehn Bürgerdialogen Gegenstand der Diskussion. Positiv hoben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Reisefreiheit durch die Abschaffung der Binnengrenzen im Schengen-Raum als Erfolg der Europäischen Union hervor. Der grenz- überschreitende Personen- und Güterverkehr im Alltag wurde insbesondere von Bürgerinnen und Bürgern in Grenznähe als Vorteil der Europäischen Union empfunden. Insgesamt überwog der Wunsch nach dem Erhalt des freien Grenzverkehrs. Die Veränderung der Sicherheitslage durch internationalen Terrorismus und die Angst vor Anschlägen bereiten dagegen vielen Bürgerinnen und Bürgern Sorge. Auch wenn die Menschen in diesem Themenfeld die Rolle Europas weitgehend positiv bewerte, wünschten sie sich hier ein stärkeres Handeln Europas, insbesondere eine verbesserte Kooperation der Mitgliedstaaten in der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung.

> ***Zitat:*** *„Bessere Zusammenarbeit und präventive Maßnahmen um Terrorismus zu bekämpfen. Es wird erst zu spät gehandelt.“* (aus dem Bürgerdialog in Berlin am 3. Juli 2018)

Sorgenvoll betrachteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Erstarken des Rechtspopulismus in Europa, verbunden mit der Erwartung, dass die Mitgliedstaaten entschieden gegen diese Tendenzen vorgehen. In vier von zehn Bürgerdialogen wurde das Thema Rechtspopulismus angesprochen. Kritisiert wurde auch, dass populistische Regierungen zunehmend gesamteuropäischen Lösungen im Weg stehen. Relativ häufig wurde das eher allgemein formulierte Ziel genannt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Auch wurde der Wunsch geäußert, den Rechtspopulismus in Europa zu stoppen.

> ***Zitat:*** *„Europa kann es nicht zulassen, dass sich Euroskepsis und Nationalismus dem Kontinent anschließen. Deshalb sollte die Europäische Union einen direkten Dialog mit skeptischen Bürgern führen. Die Europäische Union kann diesen Trend ändern.“* (aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28. September 2018)

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik wurde in rund sieben von zehn Dialogveranstaltungen angesprochen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das Thema wurde als große aktuelle Herausforderung der Europäischen Union wahrgenommen. Viele Bürgerinnen und Bürger sahen die Notwendigkeit für Veränderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Sie wünschten sich, dass die Mitgliedstaaten besser kooperieren und sich auf eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik auf der Basis von Solidarität und einer gerechten Verteilung von Flüchtlingen verständigen. Vereinzelt wurde hier auch die Bekämpfung von Fluchtursachen genannt. In diesem Zusammenhang wurde außerdem ein humanerer Umgang mit und eine bessere Integration von Geflüchteten in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt gefordert. Möglichkeiten der legalen Migration und der Wunsch nach einem Einwanderungsgesetz wurden vereinzelt mit Blick auf den Fachkräftemangel in Deutschland angesprochen. Angstgefühle aufgrund der Zuwanderung beziehungsweise Sorgen aufgrund nicht ausreichend geschützter Außengrenzen der Europäischen Union kamen vereinzelt zur Sprache.

> ***Zitat:*** „*Wer keine Flüchtlinge aufnimmt, muss finanzielle Gegenleistungen bringen.*“ (aus dem Bürgerdialog in Essen am 12. Juli 2018)

In rund drei Viertel der Dialogveranstaltungen war die **Arbeits- und Sozialpolitik** Thema. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit im europäischen Binnenmarkt und die Möglichkeiten des europäischen Arbeitsmarktes für die eigenen Berufs- und Karrierechancen wurden von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger besonders positiv bewertet. Ohne konkreten Europabezug wurde mehrfach die Wertschätzung für die Qualität des dualen Ausbildungssystems in Deutschland angesprochen und damit verbundene Möglichkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Ausland.

Kritik erfuhr die Europäische Union für die innereuropäische Konkurrenz am Arbeitsmarkt und das daraus folgende Wohlstandsgefälle. Diese wurden vielfach als Ursachen für Unternehmensauslagerungen und Lohndumping gesehen. Als eine mögliche Lösung wurde die Schaffung europaweit einheitlicher Lohnmindeststandards diskutiert. Sorgen bereiteten vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten verbunden mit dem Wunsch einer wirksameren Bekämpfung. Ebenso wurde der Wunsch nach einer europaweit einheitlichen Anerkennung von Berufsabschlüssen genannt. Der materielle Wohlstand in Deutschland wurde auf die europäische Integration einerseits, aber auch auf das deutsche Sozialversicherungssystem andererseits zurückgeführt. Mit Blick auf das innereuropäische Wohlstandsgefälle forderten Bürgerinnen und Bürger verstärktes europäisches Handeln hinsichtlich der Anpassung der Sozialstandards und der Arbeitsbedingungen, aber auch bei der Armutsbekämpfung und der Sicherung sozialer Teilhabe und gerechter Entlohnung.

> ***Zitat:*** *„Jeder sollte in jedem europäischen Land arbeiten dürfen, aber nur, wenn in dem jeweiligen Land das Lohngefüge nicht unterlaufen wird.“* (aus dem Bürgerdialog in Jena am 14. August 2018)

In sieben von zehn Dialogveranstaltungen kam das Thema Finanzen und Währung zur Sprache. Große Einigkeit bestand in Bezug auf den Euro. Die gemeinsame Währung sahen die Bürgerinnen und Bürger fast ausschließlich positiv. Das gilt in geringerem Maße auch für das SEPA-Verfahren (IBAN), das europaweit den bargeldlosen Zahlungsverkehr regelt, und die Rolle der Europäischen Zentralbank.

> ***Zitat:*** *„Die Vereinheitlichung der Steuersysteme und die wirkungsvolle Kontrolle dieser Systeme.“* (aus dem Bürgerdialog in Berlin am 25. August 2018)

Handlungsbedarf sahen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Schaffung eines europaweit einheitlichen Steuersystems, vor allem um Steuerflucht zu bekämpfen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten anzugleichen. Kritisch wurde vereinzelt auf Versäumnisse bei der Einführung der Gemeinschaftswährung und beim Umgang mit der europäischen Finanz- und Bankenkrise hingewiesen. Insbesondere mehr Solidarität im Umgang mit Krisenländern wurde gefordert. Außerdem haben sich die Bürgerinnen und Bürger mehrfach für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ausgesprochen.

Als problematisch erachteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und assoziierten damit auch Sorgen vor persönlichen finanziellen Verlusten.

In rund sieben von zehn Bürgerdialogen kamen der Bereich Recht und Justiz zur Sprache. Es zeigte sich dabei, dass viele Bürgerinnen und Bürger Europa als Garant für Rechtsstaatlichkeit wertschätzen. Von der Einhaltung der Gewaltenteilung und von Menschenrechten, über die Achtung des Grundgesetzes, bis hin zu demokratischen Rechten sowie Meinungs- und Pressefreiheit – mit diesen Aspekten wurde die Europäische Union verbunden.

> ***Zitat:*** *„Ich freue mich über die EU-Klima-Vorgaben an die deutschen Politiker. Den EUGH empfinde ich ebenfalls als Bereicherung und verbindendes Element“* (aus dem Bürgerdialog in Rheda-Wiedenbrück am 26. September 2018)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte in den Mitgliedstaaten wurden als wichtige Herausforderungen der Europäischen Union betrachtet und Verstöße von einzelnen Mitgliedstaaten kritisiert. Eine europaweite Angleichung geltender Regelungen wurde befürwortet, beispielsweise in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, bei sozialen Standards, in der Verkehrspolitik sowie im Umwelt- und Klimaschutz.

Positiv bewertet wurden die gemeinsamen europäischen Regeln zum Verbraucherschutz, wohingegen die Datenschutzgrundverordnung vorwiegend als zu bürokratisch kritisiert und deren Wirksamkeit teilweise in Frage gestellt wurde.

In sieben von zehn Dialogveranstaltungen wurde über Kultur und Religion gesprochen. Europa wurde als Gemeinschaft verschiedener Kulturen wahrgenommen, in der die kulturelle und sprachliche Vielfalt gelebt wird. Das gemeinsame kulturelle Erbe und europaweite Wertvorvorstellungen – diese Aspekte wurden von vielen Bürgerinnen und Bürgern geschätzt. Wichtig waren den Menschen auch die Möglichkeiten des kulturellen Austauschs über Landesgrenzen, verbunden mit dem Wunsch, dass ihnen Austauschprogramme auch außerhalb von Schule und Universität offenstehen sollten.

Dieses kulturelle Selbstverständnis zeichne Europa aus und bereichere das Zusammenleben, werde aber heutzutage leider auch wieder in Frage gestellt. Bei der Frage nach mehr gemeinsamer europäischer Identität wurde Handlungsbedarf gesehen. Dem Wunsch nach Stärkung einer europäischen Identität, etwa durch einen europäischen Feiertag, stand die Befürchtung entgegen, dass dadurch die kulturelle Vielfalt in Europa bedroht werden könne.

> ***Zitat:*** **„***Ich schätze an Europa am meisten das Gefühl Europäer zu sein. Zum Beispiel im Ausland, wenn man mit unterschiedlichen Nationalitäten an einem Tisch sitzt und dieselben internationalen Gedanken hat.“* (aus dem Bürgerdialog in Garbsen am 4. Mai 2018)

Befürwortet wurden religiöse Vielfalt und ein hohes Maß an Offenheit gegenüber allen Weltreligionen, allerdings auch die strikte Trennung von Kirche und Staat.

In rund der Hälfte der Bürgerdialogveranstaltungen kamen die Themen Umwelt und Klima zur Sprache. Gemeinsame Klimaschutzziele und europaweit einheitliche Umweltschutzstandards wurden von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtige und grenzübergreifende Angelegenheit erachtet. Sie betonten daher die Notwendigkeit eines stärkeren – gemeinsamen und gesamteuropäischen – Einsatzes zugunsten des Klimaschutzes, der vor allem eine Reduzierung der CO_2-Emissionen in den Blick nehmen sollte. Hervorgehoben wurde hierbei Handlungsbedarf in den Bereichen Mobilität, Energieerzeugung und emissionsreiche Industrien. Mehr Tierschutz, weniger Plastik und der Verzicht auf Chemikalien in der Landwirtschaft wurden ebenso angemahnt.

> ***Zitat:*** *„Klimaschutz und Umweltschutz müssen als Fundament unseres Wirtschaftssystems begriffen werden. Wirtschaften in den Grenzen unseres Planeten.*“ (aus dem Bürgerdialog in Bad Homburg am 5. Oktober 2018)

In einem Drittel der Dialogveranstaltungen wurde über Digitalisierung diskutiert. Besonders positiv hervorgehoben wurden die Vorteile des gebührenfreien Roamings in der Europäischen Union. Dagegen wurde beim Ausbau der digitalen Infrastruktur der größte Handlungsbedarf gesehen. Konkret nannten die Bürgerinnen und Bürger die europaweit flächendeckende Internet-Anbindung und eine stärkere Harmonisierung der Mobilfunknetze und -gebühren. Vereinzelt wurden die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Bedarf nach einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der Cybersicherheit thematisiert.

> ***Zitat:*** *„Der Blick aufs Wesentliche fehlt, zum Beispiel Digitalisierung in der Europäischen Union und Veränderung der Arbeitswelt*“ (aus dem Bürgerdialog in Flensburg am 28. September 2018)

In einem Drittel der Dialogveranstaltungen wurden die Themen Infrastruktur und Mobilität angesprochen. Positiv hervorgehoben wurden die grenzübergreifende Infrastruktur in den Bereichen Stromversorgung und (öffentlichen) Mobilität sowie die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und sicheren Nahrungsmitteln in der Europäischen Union. Eine verstärkte Zusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie für die Mobilität der Zukunft wurden gefordert. Die genannten Aspekte reichten von Alternativen zum Verbrennungsmotor über den europaweiten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu länderübergreifenden Hochgeschwindigkeitszügen. Vereinzelt wurde auch der Wunsch nach einer gesamteuropäischen Strategie für die Energieversorgung der Zukunft geäußert.

> ***Zitat:*** *„Die Politik muss eine Energiewende jetzt in die Wege leiten und die Kohlekraftwerke jetzt abschalten. Die Probleme sind brisant genug.*“ (aus dem Bürgerdialog in Starnberg am 20. August 2018)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Die Themen Gesundheit und Pflege sowie Agrarpolitik wurden von den Bürgerinnen und Bürger vergleichsweise selten mit Europa assoziiert und weniger häufig angesprochen.

4. Werte

Der Bürgerdialog machte deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger die Europäische Union nicht nur als politische, sondern auch als Wertegemeinschaft wahrnehmen. Besonders häufig wurden die folgenden Wertedimensionen angesprochen.

Freiheit nahm für die Bürgerinnen und Bürger im Bürgerdialog einen zentralen Platz ein und war in neun von zehn Dialogveranstaltungen ein Thema. Die Garantie der individuellen Freiheitsrechte in der Europäischen Union wurde als besonders positiv hervorgehoben. Mit Freiheit assoziierten sie überwiegend die Reisefreiheit in Europa, auch die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitern sowie in Nachbarländern leben zu können. Teilweise wurden auch die Presse- und die Meinungsfreiheit angesprochen.

> ***Zitat: „****Die Möglichkeit, überall hinzureisen ohne verpflichtet zu sein, meinen Ausweis zu zeigen.*“ (aus dem Bürgerdialog in Berlin am 15. Mai 2018)

Mit Blick auf Entwicklungen in einigen osteuropäischen Ländern wurden eine stärkere Durchsetzung von verbindlichen rechtsstaatlichen und demokratischen Normen sowie die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit ausdrücklich gefordert.

Das Thema Gerechtigkeit wurde in mehr als der Hälfte der Dialogveranstaltungen angesprochen und häufig mit dem Aspekt der europäischen Solidarität verknüpft. Das Thema war ein besonderer Streitpunkt. Eine Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschte sich mehr gesamteuropäische Initiative: Während die Idee der Solidarität zwischen den Staaten im Grundsatz Zuspruch erfuhr, kritisierten viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein zu geringes Maß an Solidarität innerhalb der Europäischen Union, aber auch mit Staaten außerhalb Europas. Explizit festgemacht wird das Gerechtigkeitsdefizit an der Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten. Mehr soziale Gerechtigkeit wurde ebenfalls gefordert insbesondere mit Blick auf soziale Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten und auf Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich.

Gleichheit kam in rund einem Viertel der Dialogveranstaltungen zur Sprache. Darunter verstanden die Bürgerinnen und Bürger eine Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse, aber auch eine Harmonisierung von Regelungen und Strukturen innerhalb der Europäischen Union. Diese wurden insbesondere dann befürwortet, wenn sie das grenzübergreifende Leben und Arbeiten erleichterten. Dem Wunsch nach einer stärkeren Angleichung in verschiedenen Politikfeldern stand die Sorge vor Gleichmacherei innerhalb Europas und dem Verlust von kultureller, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Vielfalt entgegen.

Erwähnung fanden auch die Werte Respekt und Toleranz, Offenheit und Transparenz. Dass Europa davon mehr braucht wurde direkt nur von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegenüber der Europäischen Union überwiegend positiv eingestellt waren und hohe Sensibilität für aktuelle europapolitische Fragen zeigten. Sie brachten ihre Wertschätzung für die Früchte der europäischen Integration zum Ausdruck, adressierten aber auch kritische Themen. Insbesondere beim Thema Flucht und Migration sahen die Bürgerinnen und Bürger großen Handlungsbedarf und die Notwendigkeit für eine gesamteuropäische Lösung. Über alle Politikfelder hinweg zeigte sich, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Probleme in der Regel eine europäische Antwort wünschen. Der Wunsch nach mehr Europa anstelle nationaler Lösungen nahm im Bürgerdialog eine wichtige Stellung ein.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III. Europapolitische Erkenntnisse

Die Bürgerdialoge haben deutlich gemacht, dass Europa im Alltag und damit auch im Bewusstsein der Menschen in Deutschland fest und überwiegend positiv verankert ist. Die Themenbreite und die Intensität der Diskussionen haben darüber hinaus gezeigt, wie vielfältig die Wünsche, Sorgen und Erwartungen der Menschen an die Europäische Union sind. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger würdigten dabei ausdrücklich die Leistungen und Errungenschaften Europas. Immer wieder wurden Frieden, Stabilität, wirtschaftliche Stärke oder die Grundfreiheiten als besondere Errungenschaften Europas genannt. Kritik und Anregungen erfolgten daher nicht als Fundamentalkritik an Europa, sondern zu bestimmten konkreten Aspekten – sowohl zur institutionellen Dimension wie auch zu konkreten Sachthemen (Außenpolitik, Migration, Bildung etc.).

Diese Erkenntnisse sind ein Signal und ein Arbeitsauftrag an die Bundesregierung zugleich, sich weiterhin intensiv für eine gute, gemeinsame europäische Zukunft und für die Weiterentwicklung Europas einzusetzen.

1. Institutionelle Dimension und Werte

Ein bürgernahes und transparentes Europa

Die Bundesregierung nimmt den Impuls der Bürgerdialoge auf. Sie wird ihre Aktivitäten verstärken, die Arbeit und die Funktionsweise der Europäischen Union besser zu erklären und den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger herauszustellen. Die Bundesregierung sieht sich zudem in ihrem Ansatz gestärkt, Transparenz, Bürokratieabbau, Subsidiarität und Bürgernähe in der Europäischen Union weiter entschieden zu fördern. Die Bundesregierung konzentriert sich bei der Weiterentwicklung Europas vor allem auf die Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden Verträge, etwa im Bereich der Außenpolitik. Hier wird sie sich dafür einsetzen, dass die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union erhöht und schnellere Entscheidungen ermöglicht werden (u. a. Verzicht auf Einstimmigkeit, wo dies durch den Vertrag von Lissabon vorgesehen ist). Eine Verbesserung der Bürgerteilhabe an Europa ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung (z. B. durch eine Reform der Europäischen Bürgerinitiative).

Wertegemeinschaft Europa

Die hohe Bedeutung, die die Menschen in Deutschland den Grundwerten Europas beimessen, zeigt, dass diese die Essenz der europäischen Identität darstellen. Die Bundesregierung wird sich weiterhin engagiert für die Bewahrung und Durchsetzung dieser Werte in der ganzen Europäischen Union einsetzen, insbesondere der Rechtsstaatlichkeit. Auch gilt es, den Zusammenhalt in Europa und den Aufbau einer europäischen Identität weiter zu stärken. Die Einführung eines gesetzlichen europäischen Feiertags (Europatag) wäre eine Möglichkeit, die europäische Identität zu fördern.

2. Sachthemen

Ein außenpolitisch starkes Europa

Die Bundesregierung hat die Bedeutung einer starken europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stets betont. Sie wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Europa in der Außenpolitik geschlossener agieren, einheitlicher auftreten und zugleich schneller, effektiver und damit auch überzeugender handeln kann. Die Bundesregierung wird sich deswegen für eine Stärkung des Mehrheitsprinzips in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sowie dafür, dass die nationalen zivilen und militärischen Instrumente europäisch besser abgestimmt werden.

Gemeinsam sicher – Europas Schutzversprechen

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich ein schützendes Europa. Die Bundesregierung wird daher die Anstrengungen zum Aufbau der Sicherheitsunion weiterhin mit aller Kraft unterstützen. Denn nur gemeinsam sind wir in Europa in der Lage, uns vor Gefahren wie internationalem Terrorismus und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität zu schützen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Wohlstand dank Binnenmarkt und Euro

Es ist heute für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen selbstverständlich, dass sie im europäischen Binnenmarkt grenzüberschreitend Handel betreiben können und dabei gemeinsamen Regeln unterliegen. Der Binnenmarkt gehört untrennbar zum europäischen Projekt. Die Bundesregierung arbeitet gemeinsam mit den europäischen Partnern an der Weiterentwicklung und Vollendung des Binnenmarkts. Dabei gilt es, die Herausforderungen zu meistern, die sich aus der Digitalisierung ergeben, ein attraktives Wettbewerbsumfeld zu erhalten und die Durchsetzung der Binnenmarktregeln zu verbessern.

Für die Bundesregierung ist es ein gutes Zeichen, dass der Binnenmarkt für die meisten Menschen eine zentrale europäische Errungenschaft und Grundlage unseres Wohlstands ist und dass der Euro als gemeinsame Währung positiv gesehen und breit gewürdigt wird. Gleichzeitig zeigt sich die Notwendigkeit, den Einsatz für Wettbewerbsfähigkeit, Stabilität und Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion fortzusetzen. In der Steuerpolitik geht die Bundesregierung dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger konsequent nach und hat der Steuerflucht mit unterschiedlichen Maßnahmen bereits den Kampf angesagt.

Ein Europa der Chancen für alle: Vergleichbare Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die von den Bürgerinnen und Bürger formulierten Wünsche entsprechen der Konvergenzpolitik der Bundesregierung. Es ist erklärtes Ziel, die Lebensverhältnisse für die Menschen in Europa gleichwertiger zu gestalten. Zu den Kernaufgaben gehören eine bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik, ein europäischer Rahmen für nationale Grundsicherungssysteme und eine starke Kohäsionspolitik.

Europäische Antwort auf die Migrationsfrage

Die Bundesregierung versteht die mehrheitlich vorgetragenen Meinungen als klares Signal der Unterstützung, die Arbeiten auf europäischer Ebene an der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems fortzusetzen, einschließlich einer effektiven und solidarischen gemeinsamen Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union. Die Bundesregierung wird sich weiterhin mit aller Kraft für eine umfassende europäische Migrationspolitik einsetzen, die sich auch der Bekämpfung der Flucht- und Migrationsursachen annimmt.

Austausch und Anerkennung von Abschlüssen

Der seit Jahrzehnten fest etablierte Austausch von Studierenden, Auszubildenden und Schülern durch das Programm ERASMUS+ wird als ein Markenzeichen der Europäischen Union wahrgenommen. Der Austausch von jungen Menschen, aber auch von Erwachsenen, ist zu einem wichtigen Element der europäischen Identität geworden. Dessen verstärkte Förderung und auch die verbesserte gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen sind zentrale Ziele der Bundesregierung. Die Bildungssysteme in Europa unterscheiden sich zum Teil erheblich voneinander. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Einführung europaweiter Bildungsstandards nicht prioritär. Die Stärkung europapolitischer Bildung durch mehr Europa in den Lehrplänen der Schulen und Förderung außerschulischer Bildungsangebote hält die Bundesregierung für wichtig. Dazu gehört auch der Erwerb von Fremdsprachen.

Europäischen Umwelt- und Klimaschutz stärken

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass ein ambitionierter Umweltschutz weiterhin Kernbestandteil der EU-Politik ist. Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach einer europäischen Energie-, Mobilitäts- und Klimaschutzpolitik decken sich mit den Zielen der Bundesregierung, europäische Lösungen zu vereinbaren. So wurden die Weichen für die künftige Ausrichtung der europäischen und nationalen Klima- und Energiepolitiken so gestellt, dass Klimaschutz mit einer sauberen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung verbunden wird.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Digitalisierung erfolgreich meistern

Die Forderung der Bürgerinnen und Bürger nach einer flächendeckenden Breitbandversorgung hat die Bundesregierung aufgegriffen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 Gigabitnetze einzuführen. Bemerkenswert ist, dass angekündigte oder bereits diskutierte europäische Innovationsprojekte, etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz, in den Bürgerdialogen höchstens am Rande auftauchen. Dies unterstreicht, dass auch in der Digitalisierung verbesserte Kommunikation erforderlich ist. Dies gilt insbesondere für Themen aus Forschung und Innovation, die für die Wettbewerbsfähigkeit und damit für den künftigen Wohlstand Europas von entscheidender Bedeutung sind.

Das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zum Schutz ihrer Daten und vor Cyberkriminalität ist Teil des europapolitischen Schutzversprechens, das die Unterstützung der Bundesregierung hat. Gerade im digitalen Binnenmarkt gibt es zahlreiche Themen, die ein grenzüberschreitendes Handeln erfordern und einen konkreten Nutzen für die Menschen in Europa schaffen können.

Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume

Die Bundesregierung wird die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung und Neujustierung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik weiter verfolgen. Dabei sollen Tier-, Natur- und Klimaschutz, Lebensmittelqualität, die Wahrung sozialer Standards sowie die Pflege der Kulturlandschaft und der Erhalt attraktiver ländlicher Räume weiterhin im Mittelpunkt stehen.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Bei 119 Veranstaltungen kamen Bürgerinnen und Bürger zwischen Mai und Oktober 2018 in ganz Deutschland über die Zukunft Europas ins Gespräch. In den von der Bundesregierung und zivilgesellschaftlichen Partnern organisierten ergebnisoffenen Bürgerdialogen sprachen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihr Erleben von Europa im Alltag, über die Rolle Europas für Deutschland und über ihre Vorstellungen von Europas Zukunft. Europa, so zeigte sich, ist bei den meisten Menschen in Deutschland überwiegend positiv im Bewusstsein verankert, es wurden aber auch kritische Aspekte angesprochen. Die große Themenvielfalt machte deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in vielen Feldern eher mehr als weniger europäische Integration wünschen. Deutlich wurde auch, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesamteuropäischen Lösungen gegenüber nationalen Antworten in den meisten Politikfeldern Vorrang einräumen.

Diese positive Grundhaltung ist für die Bundesregierung Anlass und Ansporn gleichermaßen, an der Stärkung und Fortentwicklung der Europäischen Union weiterhin entschlossen zu arbeiten. Lösungen entstehen in Europa immer gemeinsam. Deswegen werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Ergebnisse der nationalen Bürgerdialoge gemeinsam diskutieren und daraus ihre Schlüsse ziehen. Eine konstruktive gesamteuropäische Debatte über die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Zukunft Europas ist aus Sicht der Bundesregierung von großer Bedeutung – für den Erfolg der Europäischen Union als Garant von Frieden, Demokratie und Wohlstand.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Anhang

Terminübersicht Bundesregierung

(Bundeskanzlerin, Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatsministerinnen und Staatsminister, Parlamentarische und beamtete Staatssekretärinnen und Staatssekretäre)

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
BMI St Engelke	03.05.2018	14480 Potsdam	Brandenburg
BPA St Seibert	03.05.2018	12557 Berlin	Berlin
BMG BM Spahn	04.05.2018	48683 Ahaus	Nordrhein-Westfalen
AA StM Roth	04.05.2018	36251 Bad Hersfeld	Hessen
BMU Parl. St'in Schwarzelühr-Sutter	04.05.2018	79713 Bad Säckingen	Baden-Württemberg
BMF BM Scholz	04.05.2018	10997 Berlin	Berlin
BMI BM Seehofer	04.05.2018	10557 Berlin	Berlin
BK ChefBK Braun	04.05.2018	14057 Berlin	Berlin
BPA SRS'in Demmer	04.05.2018	14169 Berlin	Berlin
BMU BM'in Schulze	04.05.2018	53117 Bonn	Nordrhein-Westfalen
BMBF St Schütte	04.05.2018	53117 Bonn	Nordrhein-Westfalen
BMVi Parl. St Ferlemann	04.05.2018	21781 Cadenberge	Niedersachsen
BK StM Hoppenstedt	04.05.2018	30827 Garbsen	Niedersachsen
BMVg Parl. St Tauber	04.05.2018	63457 Hanau	Hessen
AA StM Roth	04.05.2018	34117 Kassel	Hessen
BMZ BM Müller	04.05.2018	87435 Kempten	Bayern
BMFSFJ BM'in Giffey	04.05.2018	24113 Kiel	Schleswig-Holstein
BMZ Parl. St'in Flachsbarth	04.05.2018	30880 Laatzen	Niederachsen
BK StM Hoppenstedt	04.05.2018	30853 Langenhagen	Niedersachsen
BMBF Parl. St Rachel	04.05.2018	52441 Linnich	Nordrhein-Westfalen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
BMEL BM'in Klöckner	04.05.2018	55116 Mainz	Rheinland-Pfalz
AA StM Roth	04.05.2018	36277 Schenklengsfeld	Hessen
AA StM Roth	04.05.2018	36205 Sontra	Hessen
BK Bundeskanzlerin Merkel	07.05.2018	10249 Berlin	Berlin
AA StM Roth	07.05.2018	23564 Lübeck	Schleswig-Holstein
BK Integrationsbeauftragte StM'in Widmann-Mauz	08.05.2018	72127 Kusterdingen	Baden-Württemberg
AA StM Roth / franz. Europaministerin Loiseau	15.05.2018	10178 Berlin	Berlin
BPA SRS'in Fietz	15.05.2018	10785 Berlin	Berlin
BMAS BM Heil	25.05.2018	31224 Peine	Niedersachsen
BMF Abt.-Leiter Westphal	08.06.2018	10117 Berlin	Berlin
AA StM Roth	11.06.2018	37269 Eschwege	Hessen
BMVi BM Scheuer	03.07.2018	10115 Berlin	Berlin
BMWi BM Altmaier	10.07.2018	16225 Eberswalde	Brandenburg
AA StM Roth	18.07.2018	60311 Frankfurt	Hessen
BMVg Parl. St Tauber	08.08.2018	36381 Schlüchtern	Hessen
BK Bundeskanzlerin Merkel	14.08.2018	07749 Jena	Thüringen
BMWi BM Altmaier	20.08.2018	82319 Starnberg	Bayern
BMAS BM Heil	21.08.2018	via Facebook	Berlin
BMJV BM'in Barley	22.08.2018	54294 Trier	Rheinland-Pfalz
BMI Parl. St Mayer	25.08.2018	10557 Berlin	Berlin
BPA SRS'in Demmer	25.08 2018	10117 Berlin	Berlin
BMF BM Scholz	26.08.2018	10117 Berlin	Berlin

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
BMFSFJ St'in Seifert	26.08.2018	10117 Berlin	Berlin
BMWi BM Altmaier	26.08.2018	10115 Berlin	Berlin
AA BM Maas	26.08.2018	10117 Berlin	Berlin
BMEL BM'in Klöckner	26.08.2018	10117 Berlin	Berlin
BKM StM'in Grütters	27.08.2018	14794 Genshagen	Brandenburg
BMU BM'in Schulze	03.09.2018	48143 Münster	Nordrhein-Westfalen
BMWi BM Altmaier	04.09.2018	76530 Baden-Baden	Baden-Württemberg
BKM StM'in Grütters	05.09.2018	53113 Bonn	Nordrhein-Westfalen
BMU BM'in Schulze	13.09.2018	Facebook-live	Berlin
AA StM Annen	14.09.2018	20357 Hamburg	Hamburg
BMBF Parl. St Rachel	18.09.2018	52222 Stolberg	Nordrhein-Westfalen
BMF BM Scholz	18.09.2018	48143 Münster	Nordrhein-Westfalen
BMF Parl. St'in Hagedorn	19.09.2018	23684 Pönitz	Schleswig-Holstein
BMG BM Spahn	20.09.2018	92637 Weiden	Bayern
BK Bundeskanzlerin Merkel	24.09.2018	30165 Hannover	Niedersachsen
BMJV BM'in Barley	25.09.2018	10117 Berlin	Berlin
BMEL Parl. St Fuchtel	25.09.2018	10117 Berlin	Berlin
AA StM Roth	27.09.2018	10963 Berlin	Berlin
BMF Parl. St'in Hagedorn	28.09.2018	24943 Flensburg	Schleswig-Holstein
AA StM Roth	28.09.2018	36251 Bad Hersfeld	Hessen
BMU Parl. St'in Schwarzelühr- Sutter	30.09.2018	09994 Schönstedt	Thüringen
AA StM Roth	03.10.2018	10557 Berlin	Berlin

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
BK Bundeskanzlerin Merkel	08.10.2018	54290 Trier	Rheinland-Pfalz
BMAS St Schmachtenberg	08.10.2018	32549 Bad Oeyenhausen	Nordrhein-Westfalen
AA Abt.-Leiter Peschke	11.10.2018	01069 Dresden	Sachsen
BMBF BM'in Karliczek	12.10.2018	10997 Berlin	Berlin
BMAS St Schmachtenberg	18.10.2018	71332 Waiblingen	Baden-Württemberg
BMBF St Luft	20.10.2018	76137 Karlsruhe	Baden-Württemberg
BMF BM Scholz	22.10.2018	67056 Ludwigshafen am Rhein	Rheinland-Pfalz
BK Integrationsbeauftragte StM'in Widmann-Mauz	24.10.2018	72074 Tübingen	Baden-Württemberg
BMF Parl. St'in Hagedorn	24.10.2018	23701 Eutin	Schleswig-Holstein
BMAS BM Heil	29.10.2018	15230 Frankfurt/Oder	Brandenburg

Terminübersicht Volkshochschulen

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
VHS Kaarst	04.09.2018	41564 Kaarst	Nordrhein-Westfalen
VHS Datteln	08.09.2018	45711 Datteln	Nordrhein-Westfalen
VHS Menden-Hemer-Balve	20.09.2018	58710 Menden	Nordrhein-Westfalen
VHS Ratingen	25.09.2018	40878 Ratingen	Nordrhein-Westfalen
VHS Bargteheide	26.09.2018	22941 Bargteheide	Schleswig-Holstein
VHS Rheda-Wiedenbrück	26.09.2018	33378 Rheda-Wiedenbrück	Nordrhein-Westfalen
VHS Unna Fröndenberg	26.09.2018	59423 Unna Fröndenberg	Nordrhein-Westfalen
VHS Erkrath	27.09.2018	40699 Erkrath-Hochdahl	Nordrhein-Westfalen
VHS Oelde-Ennigerloh	27.09.2018	59302 Oelde	Nordrhein-Westfalen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
VHS Stralsund	27.09.2018	18437 Stralsund	Mecklenburg-Vorpommern
VHS Badische Bergstraße	28.09.2018	69469 Weinheim	Baden-Württemberg
VHS Gütersloh	05.10.2018	33330 Gütersloh	Nordrhein-Westfalen
VHS-DVV	09.10.2018	24988 Oeversee	Schleswig-Holstein
VHS Troisdorf	09.10.2018	53840 Troisdorf	Nordrhein-Westfalen
VHS-Höxter	09.10.2018	37671 Höxter	Nordrhein-Westfalen
VHS Duisburg	10.10.2018	47051 Duisburg	Nordrhein-Westfalen
VHS Grevenbroich	11.10.2018	41515 Grevenbroich	Nordrhein-Westfalen
VHS Stuttgart	11.10.2018	70174 Stuttgart	Baden-Württemberg
VHS Leipzig	16.10.2018	04105 Leipzig	Sachsen
VHS Calw	18.10.2018	75365 Calw	Baden-Württemberg
VHS Hannover	19.10.2018	30159 Hannover	Niedersachsen
VHS Osnabrück	19.10.2018	49076 Osnabrück	Niedersachsen
VHS Heide	23.10.2018	25746 Heide	Schleswig-Holstein
VHS Niebüll	24.10.2018	25899 Niebüll	Schleswig-Holstein
VHS SüdOst	25.10.2018	85521 Ottobrunn	Bayern
VHS Burgenlandkreis	25.10.2018	06618 Naumburg	Sachsen-Anhalt
VHS Oldenburg	25.10.2018	26123 Oldenburg	Niedersachsen
VHS Bremen	26.10.2018	28195 Bremen	Bremen
VHS Hagen	29.10.2018	58089 Hagen	Nordrhein-Westfalen
VHS Castrop-Rauxel	29.10.2018	44575 Castrop-Rauxel	Nordrhein-Westfalen
VHS Main-Bingen	30.10.2018	55218 Ingelheim am Rhein	Rheinland-Pfalz

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Terminübersicht Europäische Bewegung Deutschland

Institutionen	Datum	Ort	Bundesland
Europa-Union Bayern	29.06.2018	86154 Augsburg	Bayern
Europa-Union Deutschland	12.07.2018	45127 Essen	Nordrhein-Westfalen
Europa-Union München	23.07.2018	80799 München	Bayern
Europa-Union Bayern	27.07.2018	82110 Germering	Bayern
Europa-Union Deutschland	30.08.2018	06108 Halle	Sachsen-Anhalt
Europa-Zentrum Potsdam	06.09.2018	14473 Potsdam	Brandenburg
Europolitisches Forum	25.09.2018	22769 Hamburg	Hamburg
Europa-Union Bayern	28.09.2018	88131 Lindau	Bayern
Europa-Union Deutschland	11.10.2018	14612 Falkensee	Brandenburg
Junge Europäische Föderalisten Sachsen e.V.	20.10.2018	09111 Chemnitz	Sachsen
Europa-Union Sachsen	25.10.2018	07743 Jena	Thüringen
Europa-Union Sachsen	25.10.2018	24118 Kiel	Schleswig-Holstein
Europa-Union Bremen	27.10.2018	28195 Bremen	Bremen
Europa-Union Kreisverband Göttingen	30.10.2018	37073 Göttingen	Niedersachsen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.